

Bericht

des Verfassungs- und Verwaltungsausschusses zum Antrag der Abg. Landtagspräsidentin Dr.ⁱⁿ Pallauf, Klubobfrau Mag.^a Rogatsch und HR Dr. Schöchli (Nr. 362 der Beilagen) betreffend die Abschaffung der Zeitumstellung

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss hat sich in der Sitzung vom 12. März 2014 mit dem zitierten Antrag befasst.

Mit dem vorliegenden Antrag soll an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herangetreten werden, dass der zuständige Fachminister im Rat der Europäischen Union die Zustimmung zur Verlängerung der EU-Richtlinie 2000/84/EG zur Regelung der Sommerzeit versagt. Dadurch solle die jährliche Zeitumstellung zwischen Sommer- und Winterzeit nicht mehr erfolgen.

Klubobfrau Abg. Mag.^a Rogatsch stellt in der Erläuterung des Antrages fest, dass es in der gesamten EU seit 1996 diese Zeitumstellungen gäbe. Ausgegangen sei man davon, dass durch diese Zeitumstellung Energie eingespart werden könne. Dies habe sich nicht bewahrheitet, wie eine Deutsche Studie das Gegenteil belege. Die Zeitumstellung habe negative Auswirkungen auf den Biorythmus von Mensch und Tier. Bei Menschen seien Herz-Kreislaufprobleme, Depressionen, Schlafstörungen etc. festgestellt worden. Kühe würden z.B. zwei Wochen brauchen, bis sie wieder dieselbe Milchleistung erbringen, wie vor der Zeitumstellung. Auch die Erstellung von Dienstplänen von vielen Dienstleistern, die ihre Leistungen rund um die Uhr anbieten, gestalte sich schwierig. Die im Antragstext erwähnte EU-Richtlinie laufe nächstes Jahr aus und solle nach Ansicht der ÖVP nicht mehr verlängert werden. Die Winterzeit solle die gemeinsame Basiszeit werden.

Abg. Blattl kündigt die Zustimmung der FPÖ an. Auch die FPÖ sei der Meinung, dass nicht mehr auf die Sommerzeit umgestellt werden solle.

Zweite Präsidentin Mosler-Törnström BSc sagt ebenfalls, dass der Antrag zu unterstützen sei. Es sei jedoch fraglich, ob damit die Bundesregierung in Brüssel erfolgreich sein werde. Seit 2007 habe es 14 Anfragen an die EU-Kommission gegeben mit immer der gleichen negativen Antwort.

Der Verfassungs- und Verwaltungsausschuss stellt mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und FPÖ gegen die Stimme des TSS - sohin mehrstimmig – den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird ersucht, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass der zuständige Fachminister im Rat der Europäischen Union die Zustimmung zur Verlängerung der EU Richtlinie 2000/84/EG zur Regelung der Sommerzeit und den ergänzenden Mitteilungen 2001/C 35/07 und 2006/C 61/02, versagt.
2. Die Landtagspräsidentin wird ersucht, an alle österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments aufgrund der in der Präambel beschriebenen negativen Auswirkungen der EU Richtlinie 2000/84/EG zur Regelung der Sommerzeit und den ergänzenden Mitteilungen 2001/C 35/07 und 2006/C 61/02 heranzutreten mit dem Ersuchen, einer Zeitumstellung nicht mehr zuzustimmen.

Salzburg, am 12. März 2014

Die Vorsitzende-Stellvertreterin:

Mag.^a Sieberth eh.

Die Berichterstatterin:

Mag.^a Rogatsch eh.

Beschluss des Salzburger Landtages vom 26. März 2014:

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen, FPÖ gegen die Stimmen von TSS – sohin mehrstimmig – zum Beschluss erhoben.